

DR JOSEPH WIRTH

- I. Wichtigste Daten des Lebenslaufs
- II. Persoenlichkeit
- III. Rolle beim Abschluss des Rapallovertrages
 - 1. Die Exponenten: Wirth, Rathenau, Maltzan
 - 2. Die treibenden Kraefte
 - a. Die deutsche Wirtschaft
 - b. Die Reichswehr
 - 3. Die Rolle Wirths
- IV. Um und nach Rapallo
 - 1. Wirths Regierungserklaerung vor dem Reichstag; Spannungen zwischen Ebert und Wirth
 - 2. Einstellung Wirths zur Betaetigung deutscher Industrien in Sowjetrussland; Beteiligung Wirths an einer Holzkonzession
 - 3. Einstellung zur Taetigkeit der Reichswehr in Sowjetrussland
- V. Emigration
 - 1. Vereinigung "Demokratisches Deutschland"
 - 2. Verbindung zu deutschen Widerstandsbewegungen
 - a. Becks Fuehlungnahme mit Wirth
 - b. Himmlers Versuch, ueber Wirth Halder zu kompromittieren
 - 3. Aufruf an das Ausland fuer die "Sache Europas und Hilfe fuer Deutschland"
 - 4. Entlastungserklaerung fuer Krupp
- VI. Politische Taetigkeit seit der Rueckkehr aus der Emigration
 - 1. Die "Union der Mitte"
 - 2. Verhaeltnis zu Adenauer und der CDU
 - 3. Wirth und Neugruendung des Badischen Zentrums
- VII. Reise nach Ostberlin im Januar 1952
 - 1. Briefe an Heuss und Kaiser
 - 2. Hintergruende der Reise

Frankfurt/Main, 21.1.1952.

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCE METHOD EXEMPTION 382B
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2006

[]

I. WICHTIGSTE DATEN DES LEBENS LAUFS

Joseph Wirth wurde geboren am 6.9.1879 in Freiburg im Breisgau als Sohn eines Maschinenmeisters. Er studierte an der Universität Freiburg Mathematik, Naturwissenschaften und Nationalökonomie. 1905 promovierte er zum Dr. phil. Er trat in den badischen höheren Schuldienst ein und wurde 1908 Professor am Gymnasium seiner Vaterstadt.

1911 wurde Wirth in das Stadtverordnetenkolleg von Freiburg gewählt (Zentrum). 1913 wurde er Mitglied der Zweiten Badischen Kammer. 1914 kam er bei einer Nachwahl in den Reichstag. Kriegsteilnehmer von 1914-1918.

Beim Zusammenbruch 1918 trat Wirth als Finanzminister in die Vorläufige Badische Regierung ein, in welchem Amt er 1919 von der Badischen Landesversammlung bestätigt wurde. Im gleichen Jahre wurde er in die deutsche Nationalversammlung gewählt. Am 27.3.1920 wurde Wirth im ersten Kabinett Hermann Müller Reichsfinanzminister. Im Kabinett Fehrenbach behielt er sein Amt bei, ebenso als er nach dem Rücktritt Fehrenbachs (10.5.1921) Reichsfinanzminister wurde. Er übernahm damals auch vorläufig das Aussenministerium, das er am 31.1.1922 an Rathenau abgab.

Mit der Übernahme des Kanzleramtes trat er für die Annahme des "Londoner Ultimatums" vom 5.5.1921 und für die sogenannte Erfüllungspolitik ein, die von Zentrum, Demokraten und der Sozialdemokratie unterstützt wurde. Auch die USPD sagte ihm eine gewisse wohlwollende Gefolgschaft zu.

Nach der Ermordung Erzbergers erklärte er in einer Rede, wenn es wiederum zu einer Revolution käme, so würde er auf der Seite der Arbeiter stehen. Trotz dieser sehr weit nach links zielenden Politik behielt er das Vertrauen seiner Partei.

Bei der Entscheidung des Völkerbundes über die Teilung Oberschlesiens trat Wirth aus Prestige Gründen zurück, bildete jedoch im gleichen Monat noch ein neues Kabinett (22.11.1921), das sich auf Zentrum und Sozialdemokratie stützte und an der Erfüllungspolitik festhielt. Die oberschlesische Entscheidung wurde unter Protest angenommen. Über Wirths Rolle beim Abschluss des in diesen Zeitabschnitt fallenden Rapallo-Vertrages (16.4.1922) siehe unten.

Nach seiner Rückkehr nach Berlin brauch eine Kabinettskrise aus, weil Wirth die Pariser Abmachungen des Finanzministers Dr. Hermes (Anmerkung 1) nicht billigte. Unter Annahme des von Hermes vertretenen Standpunktes wurde die Krise beigelegt.

Die Ermordung Rathenaus im Juni 1922 führte zu einer scharfen Spannung mit den rechtsgerichteten Kreisen des Volkes, da Wirths Reichstagsrede in dem bekannten Ausruf gipfelte: "Der Feind steht rechts!".

Im November 1922 erfolgte die Demission des Kabinetts Wirth, das nun dem Kabinett Cuno den Platz einräumte (Anmerkung 2).

Wirth erklärte am 24.8.1925 seinen Austritt aus der Zentrumsparlei aus Protest gegen deren Koalitionspolitik. Auf der Tagung des Reichsausschusses der Partei widerrief er seinen Austritt mit der Erklärung, dass zwischen ihm und dem Zentrum keine grundsätzliche Differenzen mehr beständen. Gemeinsam mit Dr. Brauns und Joos entwarf er im Auf-

trag der Zentrumspartei deren Programmatisches Manifest, das am 21.1.1927 veröffentlicht wurde.

Am 11.2.1927 stimmte Wirth mit der Sozialdemokratie und den Kommunisten für das Misstrauensvotum gegen den von Reichskanzler Dr Marx (Zentrum) gedeckten Innenminister von Keudell (Deutschnationale Volkspartei). Sein Verhalten gegenüber dem Parteivorsitzenden und Reichskanzler Dr Marx wurde am 3.6.1927 vom Vorstand der Zentrumspartei durch eine Missbilligungserklärung gerügt. Auf der Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei am 12.4.1928 wurde erneut das Einvernehmen wiederhergestellt, und Wirth stand seitdem auf der Reichswahlliste der Partei (Anmerkung 3).

Mit der Wiederbeteiligung der Zentrumspartei an der Reichsregierung wurde Wirth Reichsminister für die besetzten Gebiete im zweiten Kabinett Hermann Müller (13.4.1929 - 30.3.1930) und Reichsinnenminister im ersten Kabinett Dr Brüning (30.3.1930 - 7.10.1931). Am 5.3.1933 wurde Wirth an dritter Stelle des Reichswahlvorschlags der Zentrumspartei in den Reichstag gewählt.

Nach 1933 emigrierte Dr Wirth in die Schweiz. Über die Emigration und die darauf folgende Zeit siehe unten (V und VI).

Quellen: Jagow/Herre, Politisches Handwörterbuch (PolHwb), Leipzig, 1923. Interpress, Hamburg, Nr.4/1952 (3.1.52)

II. PERSÖNLICHKEIT

Zur Kennzeichnung der Persönlichkeit Wirths mögen die folgenden Äusserungen von Personen, deren Urteil Autorität nicht abzuspochen ist, herangezogen werden:

Von Dirksen: "Moskau, Tokio, Rom", Stuttgart o.J., S.44: "Wirth, ein Lehrer aus Baden und Gefolgsmann Erzbergers, besass eine grosse natürliche Begabung für Aussenpolitik. Ihm kam weiter seine Rednergabe und sein taktisches Geschick in parlamentarischen Fragen zustatten, während auf der Debetseite seines Charakters eine mangelnde Festigkeit zu buchen war". (Dirksen urteilt hier über Wirth zurzeit des Rapallovertrages.)

André François-Poncet: "Von Versailles bis Potsdam", Mainz und Berlin 1949, S.79: "Der neue Reichskanzler (nachdem Fehrenbach zurückgetreten war), Joseph Wirth, ist ebenfalls ein badischer Zentrumsabgeordneter, Mathematikprofessor im höheren Schuldienst, lebensfreudig, heiter, ziemlich schlau, Republikaner und ein aufrichtiger Demokrat".

Gustav Radbruch (ehem. Reichstagsabgeordneter und Reichsjustizminister): "Der innere Weg", Stuttgart 1951, S.159 f: "Schön und eigenartig war das Verhältnis Rathenaus zu dem Reichskanzler Wirth. Man gewann aus der Zartheit, mit der er den Kanzler behandelte, den Eindruck, dass er sich sowohl des Wertes wie der Verletzlichkeit dieses Mannes, der mit dem Aussehen eines gesunden Bauernburschen weit unübersichtlicher war, als er schien, sehr bestimmt bewusst war, und dass er an ihm bewun-

derte, was ihm selbst fehlte. Rathenau war ein Mann der Kalkulation. Wenn Wirth dagegen kalkulierte, griff er mit seiner Entscheidung leicht fehl. Wirth war ganz ausgesprochen der Mann des Instinkts, eines bei uns seltenen starken politischen Instinkts".

Zur Abrundung sei eine Äusserung von Wirth selbst aus jüngster Zeit angeführt: In "Neue Zeit", Berlin, schreibt Wirth im Januar 1952 aus Ostberlin: "Ich bin ein freier Mann und singe, nämlich das Lied von der deutschen Freiheit, der zu dienen mein politischer Lebensberuf immer gewesen ist. Davon wird bis zum letzten Atemzug nicht abgegangen. Das liegt auch in meinem kämpferischen Element. Das alte Feuer eines Rebellen in den Reihen des alten Zentrums ist nicht erloschen".

III. ROLLE BEIM ABSCHLUSS DES RAPALLOVERTRAGES

Auf der Weltwirtschaftskonferenz, die am 10.4.1922 in Genua begann, war Deutschland durch Reichskanzler Dr Wirth und Aussenminister Dr Rathenau vertreten. Gleich nach Beginn der Verhandlungen trafen sich die deutsche und die sowjetrussische Delegation in Rapallo, dem Quartier der russischen Delegierten zu vertraulichen Sonderverhandlungen. Das Ergebnis war ier sogenannte Rapallovertrag. Der Vertrag wurde deutscherseits von Rathenau, seitens der Russen von Tschitscherin unterzeichnet.

Über die Rolle, die Wirth beim Abschluss des Vertrages spielte, lässt sich zunächst also nichts anderes sagen, als dass der Vertrag unter seiner Kanzlorschaft zustande kam, und dass er der deutschen Delegation selbst angehörte. Diese Tatsachen genügen jedenfalls nicht, um mit W.K.Gerst (Neue Zeit, Berlin, 5.10.51) festzustellen, dass Wirth "der deutsche Urheber des Rapallovertrages" sei.

1. Die Exponenten: Wirth, Rathenau, Maltzan.

Die Frage, wen die geistige Vaterschaft an dem Vertrage zuzuschreiben sei, wird selbst von so gut informierten Kennern der Vorgänge wie Herbert von Dirksen ("Moskau, Tokio, London", Stuttgart o.J.) und Otto Meissner ("Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler", 3.Aufl.) verschieden beurteilt.

Nach von Dirksen (S.46) lag die Initiative ausschliesslich bei dem damaligen Chef der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, Ago Freiherr von Maltzan (Anmerkung 4). "Der Entschluss zu dem Vertrag mit den Sowjets war lediglich der wagemutigen Energie Maltzans zuzuschreiben. Er hatte nicht nur die politische Kombination dieses Vertrages erdacht, sondern er war auch der Lotse, der dieses gebrechliche Schifflein durch die Untiefen der eigenen Delegation hindurchsteuerte". Der Darstellung Dirksens zufolge gelang es Maltzan zuerst, Wirth, "der viel politisches Fingerspitzengefühl besass", für seinen Plan zu gewinnen. Als Haupthindernis habe sich Rathenau erwiesen: "Ein Westler von Geburt und Überzeugung, hochkultiviert, empfand er gegenüber dem östlichen Bolschewismus eine fast körperliche Abneigung". Endlich sei es gelungen, auch ihn zu überreden.

Meissner gibt ein wesentlich anderes Bild dieser Vorgänge. Ihm zufolge (S.102) hatte bereits einige Wochen vor Beginn der Welt-

wirtschaftskonferenz in Berlin eine vertrauliche Fühlungnahme zwischen dem Generaldirektor der AEG, Deutsch, Rathenau und sowjetrussischen Wirtschaftsvertretern stattgefunden, die Aussichten für die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zwischen den beiden Ländern eröffnete. In dem Wunsch nach Wiederaufnahme deutsch-russischer Wirtschaftsbeziehungen sei Rathenau einig gewesen mit Maltzan. Wirth habe dann der Auffassung dieser beiden zugestimmt.

Dieser Darstellung entspricht das Bild, das sich bei Walter Görlitz, "Gustav Stresemann", Heidelberg o.J., ergibt. Ihm zufolge ist Rathenau bereits 1920 anlässlich einer Kontroverse mit Stresemann für eine weitgehende Ostorientierung eingetreten. Der gleiche Gedanke sei im Auswärtigen Amt durch Maltzan vertreten worden, dem deswegen "von seinen Standesgenossen der Ehrentitel eines 'roten Barons' verliehen wurde." So sieht Görlitz in Rathenau den eigentlichen Schöpfer des Rapallovertrages.

2. Die treibenden Kräfte

Es liegt nahe, hinter den Persönlichkeiten Maltzan, Wirth und Rathenau die treibenden Kräfte zu suchen, deren Exponenten sie waren.

a. Die deutsche Wirtschaft

Bereits in der zweiten und dritten Lesung des Rapallovertrages (Reichstag, 243. Sitzung, 4.7.1922, Bd. 356) kusserte der Abgeordnete Stücker, das Einschwenken der deutschen Außenpolitik auf den ostorientierten Kurs sei weniger der Initiative der deutschen Regierung, insbesondere des Auswärtigen Amtes, zu verdanken gewesen, "als dem Dränge der deutschen Industrie, der deutschen Unternehmer, die unbedingt wieder wirtschaftliche Beziehungen mit Russland wünschten". Auch der Vertrag von Rapallo sei "weniger auf den Eifer der deutschen kleinbürgerlichen Regierung zurückzuführen, als auf den Druck der grossindustriellen Kreise Deutschlands".

In Übereinstimmung mit dieser Auffassung befinden sich O. Mersmann-Soest/Paul Wohl: "Die deutsch-russischen Verträge vom 12. Oktober 1925", Berlin 1926, S. 5: "Dem Drängen der wirtschaftlichen Kräfte folgend" habe die Reichsregierung den Vertrag geschlossen: "Der Rapallovertrag hat eine Grundlage geschaffen für die wirtschaftliche Annäherung, er schuf den völkerrechtlichen Überbau für die vertragsrechtlichen Bestrebungen der deutsch-russischen Interessenten".

Sieht man die Frage nach Wirths Rolle beim Abschluss des Rapallovertrages unter diesem Gesichtswinkel, so erscheint es einleuchtender, die Vaterschaft an dem Verträge Rathenau als dem Exponenten der Industrie zuzuschreiben als dem Gymnasialprofessor Wirth (Rathenaus Vater war der Gründer der AEG, er selbst ihr Präsident).

b. Die Reichswehr

Nach Walter Görlitz: "Der deutsche Generalstab", Frankfurt, o.J., ist die eigentliche treibende Kraft in der Reichswehr zu sehen: "Im März 1921 begannen Verhandlungen über eine Verlagerung

verbotener deutscher Industrien nach Russland. Der russische Kriegskommissar Trotzki ... sprach sich jetzt für eine Verständigung mit der deutschen Regierung und dem deutschen Heer aus. Seeckt erkannte die grosse Chance für die deutsche Industrie, die Aufrüstung Russlands zu garantieren. ... Seeckt gewann den Reichskanzler Dr. Wirth und den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Adolf Freiherrn von Maltzan, für die Idee einer Ostorientierung" (S.338). "Seeckt sprach zwar stets ein wenig sarkastisch von "unsern bolschewistischen Freunden", als empfände er selbst das Ungewöhnliche dieser militärischen Ehe, allein er war sorgsam bemüht, nicht nur den Reichspräsidenten, der anfangs entsetzt gewesen war, sondern auch alle die Kanzler der folgenden Jahre von Wirth ... bis Luther auf die Linie der Russlandpolitik festzulegen" (S.345).

3. Die Rolle Wirths

Zur Frage der Bedeutung der beteiligten Politiker für den Abschluss des Rapallovertrages wie auch der Hintergründe ihres Handelns ergibt sich somit ein vieldeutiges und schillerndes Bild. Zur Rolle Wirths hierbei ist die Auffassung jedoch einheitlich: "Vater des Rapallovertrages" scheint Wirth jedenfalls nicht gewesen zu sein. Allerdings wird auch von keiner dieser Darstellungen behauptet, dass Wirth sich der Konzeption einer ostorientierten Politik nachdrücklich widersetzt habe.

IV. UM UND NACH RAPALLO

1. Wirths Regierungserklärung vor dem Reichstag; Spannungen zwischen Ebert und Wirth

Erscheint Wirth somit auch nicht als Urheber des Vertrages, so hat er sich doch in der Regierungserklärung vor dem Reichstag nachdrücklich für ihn eingesetzt. Er legte dort (221. Sitzung, 29.5.1922, Amtl. Slg. Bd. 355/1922) zunächst die Gründe dar, die zu den vertraulichen Besprechungen mit der russischen Delegation ausserhalb des Rahmens der Konferenz von Genua und schliesslich zum Abschluss des Rapallovertrages geführt hätten. Ohne auf psychologische Gegebenheiten allgemeiner Art einzugehen (Anmerkung 5), trug er vor, dass die alliierten Mächte ihrerseits gesonderte Verhandlungen mit den Russen aufgenommen hätten, sodass es für die deutsche Delegation ein "pflichtmässiges Handeln" gewesen sei, ihre Fragen mit Russland selbständig zu lösen (Anmerkung 6). Er fasste dieses Argument zusammen: "Wer hat denn Anlass zu diesem Vertrag gegeben, den wir pflichtgemäss geschlossen haben? Das ist die Entente selbst". Des weiteren leitete er die Berechtigung des Vorgehens aus Art. 116 des Versailler Friedensvertrages her: "Durch Art. 116 des Versailler Friedensvertrages hat uns die Entente genötigt, den direkten Ausgleich mit Russland zu erreichen".

Zum Inhalt des Vertrages kommend, führte Wirth aus: "hier realisiert sich nur der Wille zweier grosser Nachbarreiche, in Frieden und verständnisvoller Zusammenarbeit, und zwar in der Arbeit gegenseitigen Wiederaufbaus zusammen zu leben, und dann zu diesem Zweck einen Strich unter die Vergangenheit zu machen. Er (der Vertrag) bedeutet nicht nur einen Frieden zwischen zwei Völkern, denen es immer gut gegangen ist, so lange sie sich verstanden haben, er

bedeutet auch einen Ausgleich, eine Brücke zwischen Ost und West in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zum Wohle beider Völker".

Es scheint, dass Wirth sich auch später vom Rapallovertrag nicht distanziert hat. So berichtet Otto Meissner ("Staatssekretär", 3. Auflage, S.104), zu den Kritikern des Vertrages habe insbesondere Reichspräsident Ebert gehört. Er habe Bedenken geäußert, da der Vertrag "der Moskauer Regierung ^{und} der Komintern die beste Gelegenheit gebe, durch ihre Handelsvertreter eine kommunistische Propaganda in Deutschland aufzubauen, die über der politisch und wirtschaftlich unsicheren Lage Gefahren für den Bestand der Republik in sich berge". Meissner zufolge kam es über dieser Frage "zu starken Spannungen zwischen Ebert und Wirth, die die bisher guten Beziehungen zwischen den beiden Staatsmännern störte, mit zu dem Rücktritt Wirths beitrug und auch später nicht überbrückt wurde".

2. Einstellung Wirths zur Betätigung deutscher Industrien in Sowjetrussland;
Beteiligung Wirths an einer Holzkonzession

Mit seiner "Neuen Wirtschaftspolitik" (NEP) hatte Lenin, nachdem seine doktrinären Massnahmen die russische Wirtschaft an den Rand des Abbruchs gebracht hatten, den freien Handel wieder eingeführt. Durch Erteilung von Konzessionen und Vorzugsbehandlung sollte ausländisches Kapital herangezogen werden. Für deutsche Investitionen hatte der Rapallovertrag den Weg gebahnt. Aber nur wenige "profitungshungrige Kapitalisten" drängten sich in das Sowjetparadies.

Dirksen aaO, S.63, stellt hierzu fest: "Da Deutschland an Kapitalmangel litt, und die deutschen Industriellen Riesengewinne von geringen Investitionen erhofften, während die Sowjets von der entgegengesetzten Vorstellung ausgingen, so hatte die Enttäuschung schon sehr früh eingesetzt." Immerhin wurde von den neuen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Die Junkerswerke bauten eine Anlage für Flugzeugbau bei Moskau, Krupp erwarb eine landwirtschaftliche Konzession im Nordkaukasus. Auch Holzkonzessionen wurden an Deutsche vergeben, so an Otto Wolff, so auch an eine Freiburger Firma, an der Wirth interessiert war.

Zum Hinweis Dirksens auf Holzinteressen Wirths bringt "Christ und Welt", Stuttgart, vom 10.1.1952 Einzelheiten: "Es war einmal an der Mologa" betitelt, habe es sich damals um die (jetzt nicht mehr bestehende) Freiburger Firma Gebrüder Himmelsbach gehandelt, die von der Sowjetregierung die Konzession erhielt, Wälder im Flussgebiet der Mologa zwischen Leningrad und Moskau auszubeuten. Die hierfür gegründete Firma "Mologales" habe wegen der Schwierigkeiten und der daraus folgenden Unwirtschaftlichkeit der Ausbeutung liquidiert werden müssen. Ein Freund der Gebrüder Himmelsbach und treibende Kraft in der Konzessionsfirma sei Wirth gewesen (Anmerkung 7).

3. Einstellung zur Tätigkeit der Reichswehr in Sowjetrussland

Von der nun gegebenen Möglichkeit der Zusammenarbeit auf militärtechnischem Gebiet machte die Reichswehr unter der Initiative des Generalobersten von Seeckt in steigendem Maße Gebrauch. Meissner aaO, S.104, berichtet: "Das Reichswehrministerium konnte nun im Gebiete der Sowjetunion durch Wirth entsandte Sachverständige Waffen erproben und entwickeln, deren Besitz und Verwendung ihm durch die Entwaffnungsvorschriften des Versailler Vertrages untersagt waren".

Von diesen Vorgängen wird Wirth Kenntnis gehabt haben. Tilo Freiherr von Wilmowsky, "Warum wurde Krupp verurteilt", Stuttgart 1950, S.26, führt zu dieser Frage aus: "bei Krupp wurde keine Waffe gebaut oder erprobt, zu der nicht die nach den damaligen Gesetzen notwendige Zustimmung der Reichsregierung vorlag. Nun gehörten, was heute allgemein bekannt ist, und was auch an dieser Stelle nicht verschwiegen werden soll, zu diesen von den Reichsregierungen veranlassten Rüstungsarbeiten manche Planungen, Versuche und Vorbereitungen, die die völkerrechtlichen Bindungen ausser Acht liessen, denen Deutschland durch den Versailler Vertrag unterworfen war. Aggressive nationalistische oder militaristische Zwecke wurden mit diesen vertragswidrigen Planungen nicht verfolgt. Es waren bestimmte deutsche Sicherheitsinteressen massgebend, zu deren Wahrung sich gerade auch die linksorientierten Reichsregierungen wie etwa das Kabinett des Zentrumsabgeordneten Dr Wirth, verpflichtet fühlten". (Anmerkung 8).

V. EMIGRATION

1. Vereinigung "Demokratisches Deutschland"

Im Bericht der Interpress, Hamburg, wird gesagt, dass Wirth nach 1933 in die Schweiz emigriert sei. Unmittelbar anschliessend heisst es, er sei Mitbegründer der Vereinigung "Demokratisches Deutschland". Über diese Gründung konnten Einzelheiten bislang nicht in Erfahrung gebracht werden.

2. Verbindung zu deutschen Widerstandsbewegungen

a. Becks Fühlungnahme mit Wirth

Über eine Fühlungnahme des Generalobersten Beck mit Wirth zu Beginn des Jahres 1940 berichtet Allan Walsh Dulles, "Germany's Underground", New York 1947: "Nach dem Angriff auf Norwegen, aber noch vor dem Einmarsch in Holland und Frankreich, suchten die Verschwörer, auf Veranlassung von General Beck, die Verbindung mit dem früheren deutschen Kanzler Joseph Wirth, einem überzeugten Antinazi, der als Emigrant in der Schweiz lebte, und baten ihn, durch gewisse englisch-französische Verbindungen zu erfahren, was die Absichten der Westmächte im Falle eines erfolgreichen Militärputsches gegen Hitler seien. Eine zweideutige, in jeder Weise unverbindliche Antwort traf ein, als die Offensive im Westen gerade losging" (S.86 der deutschen Übersetzung von W.v.Eckardt. Vergleiche Hans Rothfels, "Die deutsche Opposition gegen Hitler", Krefeld 1949, S.159). Die Formulierung des Dulles-Berichtes lässt nicht erkennen, ob Wirth selbst "zweideutig und unverbindlich" geantwortet hat, oder ob sich dies auf die von Wirth übermittelte Antwort des Westens bezieht.

b. Himmlers Versuch, über Wirth Halder zu kompromittieren

Dulles berichtet am gleichen Ort, S.180 f., über einen Versuch Himmlers, auf dem Wege über eine Täuschung Wirths General Halder endgültig des Verrats zu überführen. Er schickte Agenten zu Wirth in der Hoffnung, dass dieser belastende Nachrichten für Halder mitgeben würde. Wirth wurde jedoch rechtzeitig durch Gisevius gewarnt. Bei Gisevius selbst "Bis zum bitteren Ende", Hamburg o.J., findet sich hierüber nichts.

3. Aufruf an das Ausland für "die Sache Europas und Hilfe für Deutschland"

Dem Bericht der Interpress, Hamburg, zufolge hat Wirth zur Jahreswende 1946/47 einen Aufruf an das Ausland für die "Sache Europas" und Hilfe für Deutschland veröffentlicht. Der Text dieses Aufrufes war jedoch nicht zu ermitteln.

4. Entlastungserklärung für Krupp

Der gleichen Quelle zufolge hat Wirth am 8.3.1948 eine eidesstattliche Erklärung im Krupp-Prozess abgegeben, die am 2.4.1948 von der Verteidigung vorgelegt wurde. Auch der Text dieser Erklärung konnte bisher nicht ermittelt werden.

VI. POLITISCHE TÄTIGKEIT SEIT DER RÜCKKEHR AUS DER EMIGRATION

Lt. Interpress, Hamburg, Nr.4/1952 (3.1.52) ist Wirth im Oktober 1948 aus der schweizer Emigration nach Deutschland zurückgekehrt und lebt seitdem wieder in seiner Vaterstadt Freiburg.

1. Die "Union der Mitte"

Der gleichen Quelle zufolge hat Wirth unmittelbar nach seiner Rückkehr, gemeinsam mit Minister a.D. Dr Spiecker in Stuttgart, die "Union der Mitte" gegründet.

Was War Wann Hamburg, berichtet unter dem 23.10.1948: "Auf der ersten Versammlung der "Union der Mitte" erklärt der ehemalige Zentrums-Reichskanzler Dr Joseph Wirth, er wünsche, dass die Rechtskreise eine Wendung nach links, die Linke eine Rechtswendung vornehmen, um in der Mitte das Richtige zu finden.- Weitere Sprecher sind Minister a.D. Dr Spiecker und Arthur Ketterer".

Diese Gruppe ist wohl gemeint, wenn die "Freie Demokratische Korrespondenz", Bonn (Pressediens der FDP), vom 4.1.52 davon spricht, Wirth habe sich nach seiner Rückkehr "an den wiederholten Gründungsversuchen einer Splitterpartei" beteiligt, "die den Schritt ins Leben scheut, weil sie fürchtet, als Totgeburt zur Welt zu kommen". Über die Ziele dieser "Union der Mitte" konnte bislang nichts in Erfahrung gebracht werden. Daher ist auch nicht ersichtlich, ob sie in Zusammenhang steht mit dem Versuch einer Neugründung des Zentrums in Baden. Hierüber siehe unten.

2. Verhältnis zu Adenauer und der CDU

In einem Interview, das Wirth anlässlich seines Besuches in der DDR im Januar 1952 dem Berliner Vertreter der "Die Welt", Hamburg, gewährte, erklärte er: "Ich erblicke in Adenauer meinen politischen Gegner, der es 1949 durch persönliches Eingreifen verhindert hat, dass ich von der südbadischen CDU für den Bundestag nominiert wurde". Aus dieser Äusserung könnte geschlossen werden, dass Wirth nach seiner Rückkehr der CDU beigetreten sei.

Andererseits behauptet aber "Neue Zeit", Berlin, am 5.10.51: "Er ist Adenauers CDU nicht beigetreten. Joseph Wirth und Konrad Adenauer waren einmal Mitglieder derselben Partei. Doch niemals hat Wirth die Beziehungen Adenauers zur Grossindustrie gebilligt, und niemals war er mit dessen Politik einverstanden".

Der "Neue Ruhr-Zeitung", Essen, zufolge gehörte Wirth "bis vor kurzem der CDU an, trat jedoch aus ihr aus und gehört jetzt zu den Mitbegründern des badischen Zentrums" (28.12.51). Im gleichen Sinne berichtet "Combat", Paris, am 3.1.52.

3. Wirth und Neugründung des badischen Zentrums

Anlässlich des Besuches Wirths in der DDR im Januar 1952 weist "Christlicher Nachrichtendienst", München, am 2.1.52 darauf hin, dass der ehemalige Reichskanzler viel genannt worden sei "im Zusammenhang mit der Neugründung des Zentrums in Baden". Auch nach "Der Tag", Berlin, 3.1.52, gehört Wirth zu denen, die in Baden an der Wiederbelebung der Zentrumspartei mitarbeiten.

Nach "Neue Zürcher Zeitung", vom 4.1.52 gehört Wirth in Baden der Zentrumspartei an. Der gleichen Ansicht sind auch die "Salzburger Nachrichten" vom 3.1.52.

Das Zentralorgan der Zentrumspartei "Das Zentrum", Osnabrück, berichtet schliesslich in Nr.1/1952, Wirth sei nach Erklärungen der badischen Zentrumspartei "nicht Mitglied der dortigen Zentrumsorganisation".

VII. REISE NACH OSTBERLIN IM JANUAR 1952

Am 30.12.51 meldete "Der Tag", Berlin als Eigenmeldung: "Wie die "Welt am Sonntag" meldet, weilt der frühere Reichskanzler Joseph Wirth ... seit einiger Zeit auf Ein'adung der sowjetzonalen Grotewohl-Regierung in Berlin".

Am 10.1.52 meldete der "Telegraf", Berlin, als dpa-Meldung, "an der am Vortage stattgefundenen Sitzung der Sowjetzonen-Volkskammer habe Wirth als Ehrengast teilgenommen".

Aus dem Zeitraum zwischen diesen beiden Meldungen liegen Berichte und Stellungnahmen in so grosser Zahl vor, dass die Beschränkung auf Wichtigstes geboten erscheint.

Der Brief Wirths an die Mitglieder des Bundestags und des Bundesrats wie die Interviews mit der französischen Presseagentur AFP, mit dem amerikanischen Pressedienst AP und dem sowjetischen Pressedienst ADN sind als Anlagen beigelegt.

1. Briefe an Heuss und Kaiser

Am 5.1.1952 gab Wirth dem Berliner Vertreter der AP ein Interview, in dem er auf die Frage nach dem unmittelbaren Anlass seiner Rückkehr ins politische Leben erklärte: "Bereits vor einiger Zeit schrieb ich einige Male vergeblich an den Bundespräsidenten, Herrn Heuss. In diesen Schreiben verwarf ich die unsinnige Politik gegen den Osten. Ich ersuchte Herrn Heuss, doch endlich die Politiker des Ostens ernst zu nehmen. Da meine Schreiben unbeantwortet blieben, entschloss ich mich, in die Deutsche Demokratische Republik zu fahren und persönlich die Ernsthafteigkeit der verantwortlichen Politiker zu prüfen" (Freies Volk, Düsseldorf, 9.1.52)

"Neues Deutschland", Berlin, 6.1.52, gibt als Berliner ADN-Meldung folgende Schilderungen: "Wie wir erfahren, hat der ehemalige Reichskanzler Dr Wirth am Freitag dem Vertreter der französischen

Presseagentur "Agence France Presse" ein Interview gewährt.- In seiner Erklärung ging Dr Wirth von einem Brief aus, den er in Fortsetzung verschiedener Schreiben am 21.12.1951 an den westdeutschen Bundespräsidenten Dr Heuss gerichtet hat. In diesem Briefe teilte Dr Wirth dem Bundespräsidenten mit, dass er eine reine Informationsreise in die Deutsche Demokratische Republik unternommen habe, deren alleiniger Zweck es gewesen sei, die Ernsthaftigkeit der Bestrebungen der verantwortlichen Männer der Ostzone, gesamtdeutsche Wahlen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durchzuführen, zu prüfen. ... Dr Wirth bat in dem erwähnten Schreiben den Bundespräsidenten erneut, die unsinnige Polemik gegen den Osten zu beenden".

In dem Interview, das Wirth anlässlich seines Aufenthaltes in Ostberlin dem Vertreter der "Die Welt", Hamburg, gewährte, gab er bekannt, "dass er vor seiner Abreise nach Ostberlin an Bundesminister Kaiser geschrieben und ihn um eine vorherige Besprechung gebeten habe. Auf diesen Brief habe er aber von Kaiser, den er aus der Zentrumsparlei und den politischen Auseinandersetzungen vor 1933 gut kenne, keine Antwort erhalten" (Die Welt, Hamburg, 4.1.52).

2. Hintergründe der Reise

Die Initiative des Kremls wird von der Presse allgemein unterstrichen. So ist es gerechtfertigt, sie hier ausser Betracht zu lassen, zugunsten isoliert auftretender Hinweise.

Gemäss "Das Zentrum", Osnabrück, 1. Januar-Ausgabe 1952, ist Wirth "weder in amtlichem noch halbamtlichem Auftrag der Zentrumsparlei nach Berlin gefahren".

"Christlicher Nachrichtendienst", München, vom 2.1.52, berichtet, dass "wie verlautet", Wirth sich "auf Einladung der Regierung der DDR" in Ost-Berlin aufhalte.

"Neue Zürcher Zeitung", 4.1.52, meint, Wirth handele ohne Zweifel "im Einverständnis mit der Vorsitzenden der Zentrumsfraktion im Bundestag, Frau Helene Wessel, die erst kürzlich zusammen mit dem ehemaligen Innenminister Heinemann erklärt hat, sie widersetze sich der Remilitarisierung, weil ihrer Meinung nach noch nicht alle Möglichkeiten einer innerdeutschen Verständigung über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands erschöpft seien".

"Münberger Nachrichten" vom 3.1.52 berichten zu dieser Frage: "Das Zentrum liess gleichzeitig zu Meldungen über eine beabsichtigte Neugründung der Partei in der Sowjetzone mitteilen, dass ein solcher Schritt erst in Frage komme, wenn dort die Voraussetzungen freier politischer Betätigung für alle Parteien geschaffen seien".

"Combat", Paris, vom 3.1.52 formuliert vorsichtig als Hypothese die Ansicht, der Osten könne Wirth dazu ausersehen haben, in der Bundesrepublik dafür zu wirken, alte Kräfte des Zentrums zurückzuholen, während Maschke das Zentrum im Osten neu zu organisieren habe. In der Reise Wirths sieht das Blatt bereits eine Bestätigung seiner Auffassung.

Feststeht, dass Wirth mit Nuschke in Berlin zusammengetroffen ist. Näheres hierüber ist jedoch nicht bekannt. Während die Ostpresse summarisch berichtet, Wirth habe Besprechungen mit mehreren stellvertretenden Ministerpräsidenten gehabt (Neues Deutschland, Berlin, 4.1.52), ein Personenkreis, dem ja auch Nuschke angehört, berichtet Interpress, Hamburg, in Nr.4/1952 vom 3.1.52, Wirth habe eine Unterredung mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Otto Nuschke gehabt, "mit dem er aus früherer Zeit befreundet ist".

- - - -

ANMERKUNGEN

- Anmkg. 1 Sonstige Hinweise auf Beziehungen zu Dr. Hornes haben sich nicht ergeben.
- Anmkg. 2 PolHwT gibt als Grund für den Rücktritt an, dass "ihm die Industrie in der Erfüllungspolitik nicht mehr Folge leisten wollte". Otto Braun (ehem. preuss. Ministerpräsident) "Von Weimar zu Hitler", New York, 1950, S. 120, erklärt hierzu: "Wirth hatte nach dem Tode Rathenaus auch das Auswärtige Amt übernommen und sich damit zuviel zugemutet. ... Aber nicht nur das immer sichtbarer werdende persönliche Versagen Wirths, auch nicht die Widerstände der Rechtsparteien, die ihm seine Kampfansage nachtrugen, führten seinen Sturz herbei sondern der Umstand, dass er in der eigenen Partei, dem Zentrum, nicht mehr die rechte Stütze hatte, dass dort gegen ihn intrigiert wurde, besiegelte schliesslich das Schicksal seines Kabinetts, das am 24. November 1922 demissionierte".
- Anmkg. 3 An die internen Auseinandersetzungen Wirths mit dem Zentrum erinnert "Der Tag", Berlin, 3.1.52: "Es gab in der Weimarer Zeitumpartei manchen Konflikt und manche Krise um Joseph Wirth, in denen er gelegentlich auch seine Zugehörigkeit zu der genannten Partei auf das Spiel setzte. In einem dieser Konflikte veröffentlichte eine westdeutsche Zeitung zur Haltung Wirths einen Artikel mit der Überschrift "Mann über Bord". Das sollte heissen, dass man auf Joseph Wirth auch verzichten könne".
- Anmkg. 4 Unter dem Titel "Deutschlands Weg nach Rapallo" (Limes-Verlag, Wiesbaden) hat der ehemalige Gesandte Wipert von Blücher einen Bericht über die deutsche Ostpolitik vom Frieden von Brest-Litowsk bis zum Vertrag von Rapallo veröffentlicht. Der Verfasser gehörte zu den engsten Mitarbeitern Ago von Maltzans. Die in diesem Zusammenhang wichtige Quelle konnte bisher nicht eingesehen werden. Die Besprechung des Buches in "Rheinischer Merkur", Koblenz, vom 11.1.52 berichtet aus dem Inhalt: "Die unersättlichen Reparationsforderungen und den Starrsinn der Westalliierten sieht Blücher als die wesentlichen Gründe an, die Deutschland nach Rapallo führten. Das Angebot Tschitscherins auf der Konferenz von Genoa bot einen rettenden Ausweg und die Durchbrechung der Isolierung. ... Jedenfalls war Rapallo nicht eine grundsätzliche, ideenpolitische Entscheidung sondern eine durch die Situation bedingte."
- Anmkg. 5 Auch ausländische Stimmen verkennen nicht die allgemeine psychologische Situation, die zum Rapallovertrag führte. So sagt E.H. Carr, International Relations between the two World Wars, London 1948: "A week after the Conference assembled, the German and Soviet Delegations met quietly at Rapallo ... and signed a treaty of friendship between their two countries ... the direct consequence of their (der alliierten und assoziierten Mächte) own policy of treating Germany and the Soviet Union as inferior countries. The two outcasts naturally joined hands". Ebenso urteilt hierüber François-Poncet, "Von Versailles bis Potsdam", Mainz und Berlin 1949.
- Anmkg. 6 Leipziger Volksstimme vom 14.4.1950 spricht in diesem Zusammenhang von einer "Falschmeldung über die angebliche Bereitschaft Englands und Frankreichs zu Vereinbarungen mit Sowjetrussland".

Anmkg. 7 In diesem Zusammenhang sei auf eine Meldung hingewiesen, die das "Hamburger Echo" vom 3.1.52 anlässlich des Besuches Wirths in Karlshorst bringt: "von informierter Seite wird zur Aktivität Wirths übrigens erklärt, er habe bisher mit der Sowjetzone umfangreiche Holzgeschäfte getätigt".

Anmkg. 8 Ohne diese Quelle als authentisch anzusehen, sei doch erwähnt, dass gemäss "Sie", Berlin, vom 13.1.52 Dr Wirth "am 9. August 1950 an Dr Krupp von Bohlen und Halbach aus der Schweiz einen Brief schrieb, in dem er erklärte, er blicke mit Genuttung auf die Jahre 1920 bis 1923 zurück, in denen sie gemeinsam die Grundlagen für die Entwicklung der deutschen Waffentechnik hätten legen können".

[]